

# Correspondent.

Wöchentliche Gr. 4. Beilagen:  
s. 2. Illust. Sonntagsblatt mit  
w. 4. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Preis für die eins. Beilagen aber keine Post- u. Porto-Verrechnung. Bei Abnahme von 10 B. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Der Reichskanzler über die internationale Lage.

Im „Standard“ berichtet Sydney Whitman über Unterredungen, die er während eines dreitägigen Besuchs bei dem Reichskanzler Fürst von Bülow in Nordney mit dem Fürsten gehabt hat. Sydney Whitman schreibt:

„Ich habe den Fürsten Bülow selten wohlheraussehender und lebhafteren Geistes gesehen. Er meinte, Zwietsch zwischen England und Deutschland könne nur zu Unheil für beide Länder führen, zum Vorteil von tertiä gaudentes. Bezüglich der englischen Besorgnisse vor einem deutschen Angriff zur See, meint Fürst Bülow, es würde viel natürlicher sein, wenn die Deutschen einen Angriff beschränkten. Ich gebe Ihnen nicht zum ersten Male die Versicherung, und zwar nicht als Kanzler, sondern als ein Gentleman dem andern, daß niemand von einigen Verleumdern oder Einflüßern in Deutschland daran denkt, Handel mit England anzufangen, und noch viel weniger solch unsinnigen Gedanken hegt, wie eine Invasion in England. Die Geschichte von deutschen Spionen hat ihren Grund in überhöhter Einbildung. Für uns Deutsche besteht weit handgreiflicher Grund zur Besorgnis wegen unserer exponierten geographischen Lage. In dem in der Julinummer der „Quarrier Review“ erschienenen Artikel „Die deutsche Gefahr“ zeigt sich ein rasender Geist des Argwohn und des Hasses. Es ist eine völlige Entdeckung für mich, ein ernstes tüchtiges Volk, wie das englische, solchen Empfindungen stattgeben zu sehen, wie sie in dem Artikel zutage treten. Wir können nur im Vertrauen auf den politischen Geist und den gesunden Menschenverstand des englischen Volkes hoffen, daß es dieses frankehafte Empfindens seines eigenen unabhängigen Willens berrichtigt. Fürst Bülow ging dann den genannten Artikel durch und widerlegte ihn Punkt für Punkt. In betreff des Gedankens, daß Deutschlands Macht zunehme gegenüber anderen Mächten, sagte Fürst Bülow, Deutschland ist die einzige der Großmächte, die in den letzten 37 Jahren keinen Krieg geführt hat; man nimmt es aber auf sich, mit Bezug auf uns Behauptungen darüber aufzustellen, was man selbst zu tun träumen würde, wenn man an Stelle Anderer wäre. Fürst Bülow erklärte die Stelle des Artikels, Deutschland schaffe die größte Flottenorganisation, die abgesehen von der englischen, je bestanden hätte, für Uninn und wies an der Hand von amtlichen Aufstellungen über die relative Stärke der Flotte Englands, Frankreichs, Amerikas und Deutschlands nach, daß Deutschland am Ende der Liste steht. Es sei unwahr, daß die deutsche Flotte mit noch verstärkter Schlanigkeit vermehrt werde, denn alle jetzt im Bau befindlichen Schlachtschiffe seien nur Ersatz für veraltete Schiffe. Es sei unwahr, daß neue Flottenprogramme, eins ausgedehnter als das andere, befristet würden. Bezüglich der Herabsetzung der Lebensdauer der Schlachtschiffe folgte Deutschland nur den Beispielen anderer Nationen. Schließlich bezeichnete Fürst Bülow die Bemerkung von der angeblichen Nachgiebigkeit des deutschen Geschichtsgedächtnisses als baren Unsinn; es würde schwer sein, in Deutschland heute einen Menschen zu finden, von dem behauptet werden könne, er hasse Frankreich. Keine solchen Gemüthungen beständen in Deutschland gegenüber England, auch nicht bei empfindlichen Leuten, er möchte aber nicht in Abrede stellen, daß in dem sehr unwarheitlichen Falle, daß England einen nicht provozierten Angriff auf die deutsche Flotte machen sollte, ein raschföchtiger Wroll ausbrechen könnte, der in seiner Stärke und in seiner Dauer dem gleich sein würde, den die Invasoren Napoleons hervorriefen.

Sydney Whitman schreibt dann weiter, er habe in Nordney, sollten andere den Sinn der Welt für Recht und Unrecht herausfordern, die Überzeugung erlangt, daß Deutschland einem Gottesurteil nicht ausweichen werde, wenn es auch der Gewisheit gegenübersehen sollte, daß seine Flotte vernichtet wird. Sollte jedoch diese traurige Alternative der Welt er-

spart bleiben, so besteht guter Grund zu der Ansicht, daß die deutsche Regierung beweisen wird, daß sie keine kriegerischen Absichten hegt, am wenigsten gegen England. Bezüglich Marokkos verhielt sich der Reichskanzler Sydney Whitman, daß sein Grund zu der Annahme besteht, daß Frankreich sich nicht loyal an die in Agadir übernommenen Verpflichtungen halten will, obgleich in gewissen französischen Kreisen ein leichtes Mißverständnis bezüglich der deutschen Absichten zu herrschen scheint. Vor einigen Jahren schrieb die französische öffentliche Meinung Deutschland grundlos kriegerische Pläne zu. Neuerdings schien der gerade entgegengesetzte Eindruck zu herrschen, daß die Deutschen für den Frieden um jeden Preis sind. Diese Ansicht schließt, abgesehen davon, daß sie irrtümlich ist, gewisse Gefahren in sich. Deutschland, sagte Fürst Bülow weiter, wünscht, allein gelassen zu werden, um an seinem Heile dadurch zu arbeiten, daß es keine eigenen Angelegenheiten besorgt, wenn es auch natürlich eine Linie gibt, über die es nicht hinausgehen kann, nämlich sich eine nationale Demütigung gefallen zu lassen. Wenn irgend eine Gefahr drohen sollte, so könne nicht gelagt werden, daß sie aus Deutschlands Wünsche, den Frieden zu brechen, entspringe, sondern aus der Ansicht, daß eine verabredete Absicht besteht, Deutschland in Schranken zu halten und es zu schädigen. In Bezug auf die Entwicklung der Dinge in der Türkei führte der Reichskanzler aus, Deutschland wünsche, daß die Türkei sich unter einer kräftigen Regierung frei entwickle. Es sei nicht wahr, daß der Sultan Deutschland bezüglich seines jüngsten Vorgehens um Rat gefragt habe, die deutsche Regierung habe aber mit dem Ausdruck ihrer freundschaftlichen Sympathie mit den so glücklich ohne Unvorteilen zur Ausführung gebrachten Änderungen nicht zurückgehalten.“

## Zum Fall Schüding.

Die Verfolgung des Bürgermeisters Schüding wegen seiner politischen und sozialistischen Tätigkeit hat einen Leser der „Nieler Zeitung“ angeregt, Vergleiche zwischen heute und der Zeit vor 60 Jahren, dem Sturmjahr 1848 zu ziehen. Er hat dem Blatte einen Band der „Leipziger Jtg.“ von 1848 vorgelegt und auf eine dort als Berliner Korrespondenz vom 12. April veröffentlichte Bekanntmachung des Staatsanwalts Kirchmann hingewiesen, der allerdings höchst interessante Vergleiche zuläßt, und deren Inhalt gerade jetzt an den maßgebenden Stellen beherzigt zu werden verdient:

„Der Unterzeichnete ist von vielen Seiten aufgefordert worden, gegen die Übergriffe der Presse in den letzten Tagen am hiesigen Orte geschlich einzuschreiten. Bei der großen Zahl dieser Aufforderungen und ihrer teilweise Anonymität ist der Unterzeichnete genötigt, seine Antwort auf diesem Wege zu geben. — Solange die Presse sich nur in dem Felde des Allgemeinen, in Theorien, über Reform des Staats, der Gesellschaft, des Verlehrs bewegt, seien die Vorkläge auch noch so übertrieben, noch so sehr das Bescheidende angreifend, solange hält der Unterzeichnete jedes Einschreiten der Strafsgewalt dagegen für unzulässig. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligsten, in dieser Sphäre gibt es keine anderen Waffen, als die des Geistes. Zuchtstaus, Geldbußen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Verbreiter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit gibt es nur ein Mittel: das, sie zu widerlegen, und zwar in der gleichen, einfachen verständlichen Weise, in welcher jene ihre Verbreitung zu erlangen sucht. Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszusprechen, um so gefahrloser wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Moment, wo die Verfolgung solcher Ansicht die nötige, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Wer Pressefreiheit will, muß auch deren

Mißbräuche zu ertragen wissen. Die Neugier der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch den verführerischen solcher Theorien zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht bloß Bitten und Ermahnungen entgegengesetzt, sondern das Unhaltbare und für den Arbeiter Selbstverderbliche solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen die Übergriffe der Presse einschreiten und hält sich im Geiste des neuen Preßgesetzes nur dann dazu befugt, wenn eine Druckschrift, das Gebiet des Allgemeinen verlassend, zu einem bestimmten Verbrechen, Rat oder Anleitung geben, oder die Ehre und Integrität bestimmter Personen verlegen sollte.“

## Zur Reichsfinanzreform.

Mit der Reichsfinanzreform beschäftigt sich in der Halbmonatschrift „Fortschritt“ Hermann Schöler in Erwidrerung der bekannten Ausführungen Labands. Schöler behandelt die Frage, ob direkte Reichssteuern im Einklang mit der Verfassung stehen, und unterstreicht dabei besonders, daß selbst Laband zugegeben habe, daß das formale Verfassungsrecht der Einführung direkter Steuern nicht entgegenstehe. Nicht auf verfassungsrechtlichem Gebiete liege die Schwierigkeit des Problems, ebenso wenig auf finanzpolitischem, sondern lediglich auf budgetrechtlichem Gebiete. „Gerade weil die Logik einer vernunftgemäßen Finanzverfassung die Logik des Konstitutionalismus ist, weil eine umfassende Beweglichkeit des Finanzsystems die budgetrechtliche Machtstellung des Reichstages begründet, aus diesem, aus keinem anderen Grunde erklärt sich der Widerstand der Regierungen gegen diese Beweglichkeit und gegen die Einführung direkter Reichssteuern als ihren Vorläufer.“

Wir genügt es, die Tatsache selbst festgestellt zu haben, daß es sich bei der Frage der „Lösung“ der Finanzreform um nichts anderes handelt als um den entscheidenden Kampf zur Sicherung der freiheitlichen Güter des deutschen Volks, zur ehrlichen Anerkennung des konstitutionellen Verfassungsstaats durch die Regierung. Wohlgemerkt: Es handelt sich nicht um eine Mehrung des Verfassungsrechtes zugunsten des Reichstages, sondern nur um die Befestigung einer dem Geiste und der Logik dieses anerkannten Verfassungsrechtes zuwiderlaufenden, unberechtigten Minderung desselben, einer Minderung, durch welche das Staatswohl aufs höchste beeinträchtigt, ja gefährdet wird.“

## Politische Uebersicht.

**Russland.** Aus Anlaß der Enthüllung des Denkmals für Kaiser Alexander III. in Petersburg gab die Stadtverwaltung ein Fest, dem die Offiziere des aus Estland heimkehrenden deutschen Detachements beizuwohnen: Generaladjutant Rantelejew brachte einen Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm aus; der Führer des Detachements erwiderte mit einem Toast auf den Kaiser von Rußland. Beide Trinksprüche wurden mit langanhaltenden Hurrarufen aufgenommen. — Der Reichstag in Moskau in den Eisenbahntagen ist durch Kaiserlichen Ukas mit dem 28. d. Mts. (a. St.) aufgehoben und durch den verklärten Schuß ersetzt worden. In einigen Gegenden des Gouvernements Jekaterinoslaw ist der außerordentliche Schuß verlängert worden.

**England.** Da von ärztlicher Seite der gekesserte Minister Lord Tweedmouth für unheilbar erklärt worden ist, soll er, nach der „Magdeburger Jtg.“, durch Kabinettsorder seines Amtes entsetzt werden. Ein solcher Fall ist meines noch nicht vorgekommen; das jegige Verfahren ist ausdrücklich durch die Kronprinzipal für konstitutionell erklärt worden.

**Dänemark.** Wie aus Koppenhagen gemeldet wird, wird anverlangt, die durch den Minister Alberti unterzeichneten Millionen teilmweise durch öffentliche Sammlungen wieder einzubringen. In einem Geldschrank des Privatbureaus Albertis fand man einen geladenen Revolver. Alberti scheint sich also für den Fall der Entdeckung auf Selbstmord vorbereitet zu haben. — Der dänische Reichstag ist auf den 28. September einberufen worden.

**Niederlande.** Zu den Meldungen über eine vorzeitige Entbindung der Königin Wilhelmina erzählt die Rhein-Westf. Ztg. von ihrem Mitarbeiter aus dem Haag ein Telegramm, das die Gerüchte über eine Fehlgeburt der Königin als haltlos bezeugt.

**Spanien.** Die parlamentarische Session in Madrid ist geschlossen worden als Termin für den Wiederzusammentritt des Parlaments wurde der 13. Okt. festgesetzt.

**Türkei.** Über die zukünftige türkische Politik äußerte sich in einem Interview mit einem Korrespondenten der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ der Minister des Äußeren Zevkîf Pascha. Er erklärte, die neue Türkei werde gegen sämtliche eine feindliche und fremdbillige Politik betreiben, jedoch ihre nationalen Interessen wahren und sich nicht in internationale Zustreitigkeiten einmischen. Falls die Türkei Kulturkräfte nötig haben sollte, würde sie diese, dem Beispiel anderer Länder folgend, aus dem Ausland berufen und zwar aus eigenem Antrieb.

Ein systematisches kulturelles Eindringen anderer Mächte in das türkische Gebiet müsse auf die Dauer unmöglich, da die Türkei selbst ein Kulturstaat geworden sei. Auf Mazedonien übergehend, erklärte der Minister, die Türkei werde jetzt in Mazedonien Reformen in gleicher Weise wie im ganzen Reich einführen. Zu allererst stehe eine Justizreform bevor. Das mazedonische Budget werde bedeutend erleichtert werden, da keine Notwendigkeit vorliegt, die dreiprozentigen jährliche Truppen zu halten. Die dreiprozentigen Aufschlagssätze würden vorläufig noch wie vor für die Bedürfnisse des mazedonischen Budgets verwandt werden, doch beabsichtige er, über diese Frage ein neues Einvernehmen herbeizuführen, wenn er mit den Mächten über Handelsverträge verhandeln würde. Die Reformen müssten den Wünschen der mazedonischen Bevölkerung entsprechen, was natürlich auf das mazedonische Wohlwollen hinweisen würde. Zum Schluß betonte der Minister noch einmal, daß die Türkei besonders mit Bulgarien freundschaftliche Beziehungen unterhalten wolle. — Da der bulgarische Agent Geshow zu dem diplomatischen Diner beim Minister des Äußeren am Sonnabend keine Einladung erhalten hat, wurde er von dem bulgarischen Regierung beauftragt abzureisen, wenn nicht die Einladung bis zum Abend erfolge. Nachdem sie auch dann noch nicht erging, reiste der Agent abends ab. Den türkischen Blättern zufolge erklärte der Gesandter und der Minister des Äußeren auf die Schritte, welche vom bulgarischen diplomatischen Agenten Geshow wegen der unterblebenen Einladung zum diplomatischen Diner unternommen wurden, beide Regierungen bildeten, da Bulgarien nur ein Vasallenstaat der Türkei sei, vom politischen Gesichtspunkt aus nur eine Regierung. Infolgedessen könne der bulgarische diplomatische Agent an dem Diner der Vertreter der auswärtigen Staaten nicht teilnehmen. Er könne nur bei dem Diner für die Minister und die ottomanischen Botschafter zusammen mit den Vertretern Ägyptens zugegen werden. Wie dieselben Vertreter Ägyptens zugegen werden, erklärte das bulgarische Ministerium des Äußeren dem türkischen Kommissariat von Sofia, daß das Unterlassen der Einladung Geshows zu einem Bruch der Beziehungen führen könnte. Die von Geshow bei einigen bulgarischen unternehmen Schritte seien wirkungslos geblieben. Die ganze türkische Politik die Daltung der Pforte und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Zwischensatz ohne jede politische Bedeutung sei. — Ein Telegramm der „Geni Gazetesi“ meldet aus Darabekt, daß der Kurdenchef Ibrahim erschlagen und gegen den Empytrat zu geflohen ist; die Truppen hatten 17, die Kurden über 100 Tote.

**Marokko.** Die Ausrichtung Mulay Hafids in Mogador zum Sultan, über die wir berichtet haben, wurde nach einer Meldung des „Neuerstigen Bureaus“ dort mit außerordentlicher Begeisterung aufgenommen. Die Proklamierung soll hauptsächlich dem Eingreifen des spanischen Gesandten zuzuschreiben sein. — Zur Lage respektieren wir noch folgenden Telegramm: Aus Fez wird vom 8. September gemeldet, daß Buchta den Bagbadi zum Pascha von Elsar ernannt worden ist. Aus anderer Quelle verlautet, daß er mit einer Mission nach Europa betraut worden sei. — Paris, 14. September. Oberst Alt meldet telegraphisch, daß Aufklärungsgruppen die am 10. d. Mts. ausgeschickt wurden, festgestellt haben, daß die letzten Nachzügler der Bu Dairi geflohen sind und sich verstreut haben. Alle Dorfschäfer bitten um Unternehmung gebeten. — Vorgestern seien drei Festungsanlagen unternommen worden, ohne daß man einen Schuß abgefeuert hätte. Die Truppen hätten an diesem Tage Tula verlassen und seien gestern in Bu Dairi eingetroffen.

**Perlesien.** Freitag morgen entspann sich ein heftiger Kampf zwischen den Revolutionären und den vor kurzem in Tabris eingetroffenen Maturreitern, die mit sechs Geschützen die Befestigungen Sattar Khan angriffen. Unter dem Schuge des Geschütz- und Gewehrfeuers gelang es ihnen anfangs nicht, die Revolutionäre zurückzuwerfen und in die Stadt einzudringen. Als Sattar Khan jedoch Verstärkung erhielt, mußten die Maturreiter sich in der Richtung auf Marand zurückziehen. Die Verluste waren auf beiden Seiten erheblich. Ein ed Daulat hat die Maturreiter in keiner Weise unterstützt.

**Nordamerika.** Die Neuyorker Ortsgruppe des deutsch-amerikanischen Nationalverbandes gibt bekannt, daß sie jeden Kandidaten für die Präsidentschaftswahl bekämpfen wird, welcher nicht gewillt ist, für eine Änderung der gegenwärtig geltenden Fremden-Gesetze über die Sonntagsruhe einzutreten. — Einschränkung der japanischen Auswanderung nach Amerika. Nach Meldungen aus Honolulu ist dort die Nachricht eingetroffen, daß von den amtlichen japanischen Auswanderungsbehörden weitere japanische Auswanderungstransporte nach Hawaii verboten worden sind, weil auf Samoa jetzt genügend Arbeitskräfte vorhanden seien.

### Die Marokkonote Frankreichs und Spaniens.

Der Überreichung der spanisch-französischen Marokkonote an die Regierungen der europäischen Mächte ist die Veröffentlichung ihres Inhalts auf dem Fuße gefolgt. Die Note erhebt keinen grundsätzlichen Widerspruch gegen die Anerkennung Mulay Hafids als

Sultan, verbreitet sich dagegen sehr eingehend über die Bedingungen, unter denen die Regierungen in Paris und Madrid geneigt sind, diese Anerkennung zu vollziehen. Ein Telegramm berichtet darüber:

Paris, 14. Sept. Die den Kabinetten heute überreichte französisch-spanische Note über Marokko stellt zunächst die Forderung auf, daß die Frage der Anerkennung Mulay Hafids nach denjenigen Grundgesetzen gelöst werden soll, nach denen das Einvernehmen der Mächte in der marokkanischen Frage seit Algerais gebildet und aufrecht erhalten worden ist. Frankreich und Spanien haben in Betracht gezogen, daß ihre besonderen Interessen in Marokko sie dazu bestimmten, den anderen Regierungen Vorschläge zu machen. Bei der Formulierung dieser Vorschläge haben sie es sich zur Richtschnur genommen, daß die Anerkennung des neuen Nachsch einig und allein von der Erlangung von Garantien abhängig gemacht werden müsse, die gemeinsam für alle fremden Interessen gegeben werden. Diese Garantien sollten sein: Bestätigung der Akte von Algerais und Billigung der zu ihrer Anwendung getroffenen Verordnungen, insbesondere der Rechte, die Frankreich und Spanien zur Überwachung der Einfuhr von Waffen übertragen sind. Ferner: Bestätigung aller anderen Verträge und Verpflichtungen des Nachsch gegenüber den fremden Regierungen, dem diplomatischen Korps und gegenüber Privatpersonen. Übernahme der Verantwortlichkeit für die Schulden des Nachsch, während die Schuldforderungen der Privatpersonen später geprüft werden sollen. Bestätigung der Vollmacht der Entschädigungskommission in Casablanca sowie Übernahme der Verantwortlichkeit für die Bezahlung der Entschädigungen durch den neuen Sultan. Amtlicher und ausdrücklicher Widerruf des Heiligen Krieges durch einen schriftlichen Brief an die Städte und Stämme. Sofortige Inangriffnahme der notwendigen Maßregeln zur Herstellung der Sicherheit in der Umgebung der Häfen und auf den das Innere führenden Hauptstraßen. Falls diese Garantien gegeben sind, könnte Mulay Hafid als Sultan offiziell anerkannt werden, wobei die Mächte sich das Recht vorbehalten, unmittelbar von dem neuen Sultan die Regelung derjenigen Fragen zu fordern, die ihre eigenen Interessen berühren, insbesondere, was Frankreich und Spanien betrifft, Wiedererstattung ihrer militärischen Ausgaben und Bezahlung von Entschädigungen für die Ermordung Angehöriger ihrer Nationen. Ferner heißt es in der Note, daß es angemessen sein würde, wenn der neue Sultan für standesgemäßen Unterhalt Abdul Asis Sorge trage. Schließlich empfiehlt sie die Beamteten Abdul Asis dem Willkürgefühle Mulay Hafids.

### Deutschland.

Berlin, 15. Sept. Gestern vormittag machte das Kaiserpaar mit den Prinzen Albrecht und Oskar einen Spaziergang in der Umgebung des Neuen Palais. Später hörte der Kaiser die Vorträge des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts, Geh. Rats v. Eisenhart-Rothe, und des Finanzministers Frhn. v. Rheinbaben. — Die gestern gemeldete Ernennung des Prinzen Albrecht zum Kapitänleutnant ist erfolgt unter Festsetzung seines Dienstalters unmittelbar hinter dem Kapitänleutnant Löw (Friedrich) sowie unter Ernennung zum Kommandanten eines Torpedoboots der I. Halbflottille und unter Veretzung zur I. Torpedodivision. Gleichzeitig wurde der Prinz in der Armee, der er bisher als Oberleutnant à la suite des 1. Garderegiments zu Fuß, des Grenadierregiments König Friedrich der Große (3. Dstpr.) Nr. 4 und des 1. Gardegrenadier- Landwehrregiments angehörte, zum Hauptmann befördert. Prinz Albrecht ist am 14. Juli 1884 geboren, steht also jetzt im 25. Lebensjahre.

(Auch an den König von Sachsen) hat der Kaiser nach Abschluß der Kaisermander ein Handschreiben gerichtet. Darin heißt es: „Es gereicht mir zur besonderen Freude, Ew. Majestät am Schluß der diesjährigen von mir abgehaltenen Herbstjagden meine lebhafteste Befriedigung über die treffliche Haltung und kriegsmäßige Auszubildung auszusprechen, in der ich die dem 15. Armeekorps zugeteilten Truppen der Königlich Sächsischen Armee sowohl bei der Parade wie im Laufe der Manöver gefunden habe.“

Die Finanzminister der Einzelstaaten werden am 18. September in Berlin zusammenzutreten, um zu der Reichsfinanzreform nach dem Entwurf des Staatssekretärs Spchow Stellung zu nehmen. Bekanntlich sind schon in einem früheren Stadium des Finanzreformprojekts die einzelstaatlichen Minister gehört worden.

(Personalien.) Zu Konteradmiralen sind die Kapitäne zur See Schach, Schroeder, Dick und Proye ernannt worden.

(Zu den Schlussmandatnehmern) des 1. und 17. Korps, an der Grenze West- und Ostpreußens, unter Oberleitung des Generalinspektors von der Goltz, der am 18. d. M. das 17. Korps gegen das

1. führt, trifft der Kaiser mit größerem militärischen Geolge am 18. d. M. früh zwischen Pterode und Hohenstein in Ostpreußen ein. Am Nachmittag des 18. kehrt er wieder nach Potsdam zurück.

(Der Reichskanzler Fürst Bülow) hat sich jüngst bei einer Unterhaltung mit dem in Norddeuyn weilenden rumänischen Ministerpräsidenten Sturza auch über das Tabakmonopol ausgesprochen. Nachdem Herr Sturza mitgeteilt, daß das Tabakmonopol in Rumänien für den Staat 30 Millionen abwerfe, erwiderte Fürst Bülow nach der Wiener „Neuen Freien Presse“: „Man muß es tiefer bedauern, daß Fürst Bismarck, der es so gern gewollt hätte, nicht imstande war, das Tabakmonopol durchzusetzen. Sicher wäre in Deutschland dem Staate daraus eine Einnahme von vier bis fünf-hundert Millionen erwachsen. Wie viele auch Sachen hätten sich mit diesem Gelde für Deutschland machen lassen. Eine solche Summe scheint mir nicht zu hoch gegriffen. In Frankreich bringt das Tabakmonopol wohl dreihundert Millionen. Aber Frankreich hat keine so starke Bevölkerung, dazu taucht der Franzose nicht so viel wie der Deutsche; dann ist er ja, was ihm übrigens zum höchsten Lobe gereicht, parlamentarisch der Deutsche.“ Später bemerkte Fürst Bülow, daß, wenn Fürst Bismarck damals nicht mit dem Tabakmonopol gehandelt wäre, man sich heute nicht den Kopf zerbrechen würde, auf welchem Wege neue Steuern für Deutschland zu beschaffen wären. „Aber“, fügte er hinzu, „gegen Torheit kämpft sogar ein Bismarck vergebens. ... Ich glaube in der Tat, daß es selten die Schlichtigkeit, sondern fast immer die Torheit der Menschen ist, die das Gute verhindert.“

(Die französisch-spanische Note.) Der französische Botschafter und nach ihm der spanische Geschäftsträger überreichten Montag mittag im auswärtigen Amt zu Berlin dem stellvertretenden Staatssekretär eine identische Note über die Frage der Anerkennung Mulay Hafids.

(Gegen den mecklenburgischen Verfassungsentwurf) opponieren die dortigen Junker weiter. Das Gros der Ritterschaft will, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Wiedenburg erfährt, die Regierungsvorlage glatt und ohne Umschweife ablehnen, so daß der außerordentliche Verfassungslandtag nur von ganz kurzer Dauer sein wird. Die Herren geben sich auch gar nicht mehr die Mühe, diesen ihren Entschluß geheim zu halten, denn es ist Anordnung gegeben, daß bereits zum 14. Oktober, also zwei Tage nach Eröffnung des Landtages, die Sitzungssachen des Engeren Ausschusses im Ständehaus zu Klostorf begerichtet werden sollen. Von einer der Regierung nahe stehenden Seite erzählt der Gewerksmann der „Frankf. Ztg.“, daß das Ministerium im Falle der Ablehnung der Vorlage die Verfassungsfrage unüberduglich vor das Forum des Bundesrats bringen wird.

(Militärisches.) Die Einführung einer Selbstabepistole, die an die Stelle der Revolver 79 und 83 tritt, hat der Kaiser nach der „Schleif. Zeitung“ genehmigt. Die Selbstabepistole erhält die Bezeichnung 08.

(Die sozialistische Frauenkonferenz) beschäftigt sich am Sonnabend noch mit der sozialistischen Erziehung der Jugend. Die beiden Referentinnen, Frau Dünker und Frau Clara Zetkin, empfehlen eine langsame Resolution, in der besondere Jugendorganisation zur Verhütung der Gemüter im sozialistischen Sinne angesprochen werden. Frau Zetkin weiterte namentlich gegen den Militarismus und bezogthe in ihrer Rede das neue Vereinsgesetz als Spottgeburt aus konterativem Feind und liberalem Dred. Eine Diskussion fand nicht statt. Ein Antrag aber, die Verträge und die Resolution der Zetkin ohne weiteres anzunehmen, stieß auf heftigen Widerspruch. Namentlich protestierten dagegen von Elm und Frau Steinbach. Auch Frau Grünberg sprach dagegen. Nach langer stürmischer Geschäftsordnungsdebatte wurde schließlich die Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Als Frau Zetkin fragte: „Wer stimmt dagegen?“ rief von Elm: „Da stimmt ja kein vernünftiger Mensch mit.“

(Massetenaustritte aus der sozialdemokratischen Partei.) Zu einer Wlage an die sozialdemokratische Partei führte die Generalversammlung der freien sozialdemokratischen Gewerkschaften, in der der Vorsitzende, Rater-Berlin, die Differenzpunkte, die zwischen Gewerkschaften und Partei bestehen, darlegte. Gegenüber dem Antrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Anhänger der losaltischen Gewerkschaften aus den Parteiorganisationen auszuschließen, erklärte man in der Versammlung, daß das Verhalten der Partei ein längeres Verbleiben der freien Gewerkschaften innerhalb der Organisation nicht zweckmäßig erscheinen lasse. Man will durch Massenaustritte jetzt dem Ausschluß zuvorkommen. Neben der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch der über 3000 Mitglieder zählende Allgemeine Deutsche Metallarbeiter-Verband von der sozialdemokratischen Partei losgelöst.

(Aus den Kolonien.) Die Regierungen schule für Europäerfinder in Dar-es-Salaam



# Teichmann's Hotel, Wiener Café u. Restaurant

Inhaber: **Karl Becker**

## Ammendorf.

### Brauerei-Ausschank von C. Bauer.

Schönstes und besteingerichtetes Lokal von Halles Umgebung.  
Ausspahn und Automobil-Garage.

# Eröffnung am 1. Oktober.

**Dieters Restauration.**  
Heute **Schlachtfest.**  
**Goldne Angel.**  
Mittwoch **Schlachtfest.**  
Restaurant  
**Kyffhäuser.**  
Heute Mittwoch Schlachtfest.

Donnerstag  
**frische hausflachte Wurf.**  
**G. Fischer,** Weigenfelder-Str. 12.

Donnerstag  
**hausflachte Wurf.**  
**C. Tauch.**

Donnerstag  
**fr. hausflachte Wurf**  
in nur bekannter Güte.  
**Friedrich Rödel,** Halle'sche Straße 71.  
Telephon 296.

Donnerstag  
**hausflachte Wurf.**  
**Friederike Vogel,** Holzmarkt 17.  
**Ein älterer Schuljunge**  
sofort gesucht **Domstraße 11.**  
Für ein Fabric-Kontor wird Stern 1909 ein

**Behrling**  
mit guter Schulbildung gesucht. Selbstgeschriebene Bewerbungen befördert unter „Behrling 1909“ die Exped. d. Bl.

**Laufbursche**  
gesucht. **Wochenlohn 8,50 Mark.**  
**C. A. Steckner,** Entenplan 9.

**Flott. Laufbursche**  
für sofort gesucht **Burgstraße 4.**

**Inkasso-Agentur.**  
Alle deutsche Lebens-Vers.-Ges. mit **Volks-Brände** sucht für Vererbung einen **Haupt-Agenten.**  
Rekrutiert wird nur auf tatkraftigen Herrn, welcher sich der Akquisition widmen will. Herr aus der Branche mit guten Erfolgen erhält auch sofort Anstellung mit Gehalt, Provision und Reisen. Schreiben unter U K 1880 an Rudolf Hoffe, Halle S.

Suche einen **redgewandten und soliden Herrn**  
zur Beforgung der Zutafis- und Verkauf eines gut eingeführten und leicht verkäuflichen Artikels gegen festen Gehalt und Provision. Bei guter Leistung dauernde Stellung zugesichert. Schreiben mit Lebenslauf unter S N an die Exped. d. Bl.



## DAS NEUE AUERLICHT

vollkommenstes  
**Hängelicht**  
der Gegenwart  
**ca. 50% Gasersparnis**  
3 goldene Medaillen.  
In allen Installationsgeschäften erhältlich!  
**AuerGesellschaft, Berlin O. 17.**

## Gerste, Weizen, Roggen, Hafer

kaufen stets zu höchsten Tagespreisen  
**W. Seewald & Co.,**  
Mierseburg. Fernsprecher 55.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!** **Persil** Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche!

Garantiert chlorfrei und unschädlich. Millionenfach erprobt.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

**Ein ordentl. Tagelöhner,**  
der in der Feldarbeit tüchtig ist, zum 1. Oktober gesucht.

**Fried. Bohle,** H. Stritt. 1.  
**Solider, tüchtiger Arbeiter**  
für längere Gartenarbeit sofort gesucht  
**Hittergut Traarath.**

Ältere unabhängige Frau wird als **Pflegerin**  
gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

**Fräulein,**  
Mitte 20er, in allen Zweigen des Haushalts bewandert, sucht Stellung bei alleinstehendem Herrn oder in mutterlosem Haushalt zum 1. Oktober oder später. Offerten unter H M an die Exped. d. Bl.

**Zwei tüchtige Schneiderinnen**  
für dauernde Beschäftigung bei guter Bezahlung gesucht.

**K. Mauersberger,**  
Ammendorf.

**Junges Mädchen**  
zur Erlernung der Damenschneiderei sucht  
**Minna Loh,** Burgstraße 9, 2 Tr.

**Junge Mädchen,**  
im Schneidern geübt, finden dauernde Beschäftigung  
**Burgstraße 14, 2 Tr.**

**Ein anständiges Mädchen,**  
welches die Schneiderei erlernt hat, wird baldmöglichst gesucht. **A. Günther,** Markt 29.

In einen Staatshaushalt (3 Personen) nach auswärts wird ein **erfahrenes Mädchen**  
bei gutem Lohn gesucht. Meldungen in der Exped. d. Bl.

**Jüngeres Dienstmädchen**  
oder Aufwartung zum 1. Okt. gesucht  
**Pötkstraße 3, pt.**

**Eine Aufwartung**  
sofort gesucht **Saalstraße 14, 1 Tr.**

**Aufwartung**  
sofort gesucht **Dammstraße 4, part.**

**Ehrliche ordentliche Aufwartung**  
per 1. Okt. ges. **Häckerstraße 30, pt.**

**5 Mark Belohnung.**  
Auf dem Wege von Köffen bis zu der Anlagen am alten Schützenhaus ist am Sonntag ein **goldenes Armband** verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen obige Belohnung in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Wenn Schülerfest im Schützenhaus ein **Capes** abhanden gekommen ein Bitte abzugeben  
**Benjamin Richter,** Domplatz 1.

Ich nehme die ausgesprochenen Worte gegen Herrn **Pfeifer** hiermit zurück.  
**Frau Egert.**

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der **Hierma W. Voss,** Hamburg 23, Prämiolen-Vereinigung „**Sammonia**“ bei.  
**Dierzu eine Beilage.**



Deutschland.

(Die „Kreuzzeitung“) hatte kürzlich einen scharfen Artikel gegen den „Breslauer Lehrerverein“ gebracht, in dem sie diesen vorwarf, einen dem Verein angehörenden Lehrer ohne zureichenden Grund terrorisiert und ihm die Verteidigungsfreiheit beschränkt zu haben. Der Sinn dieses Angriffes war die Hofnung der „Kreuzzeitung“, einen willkommenen Stoff zur Demonstrierung zu haben, wie unliberal und unliberal die Liberalen im eigenen Hause seien. Denn Lehrerverein und liberaler Verein ist in konservativen Augen annähernd dasselbe. Der betreffende Lehrer, der im Nebenamt konservativer Kapitler ist, mußte also — es paßte gerade so in den Rahmen — wegen seiner konservativen Gesinnung „gemahregelt“ sein. In Wirklichkeit lag aber, wie jetzt die „Breslauer Zeitung“ schreibt, die Sache so, daß der Lehrer in seiner Eigenschaft als konservativer Kapitler dem Verein wiederholt öffentlich verunglimpft hatte, und daß er, als er sich vor diesem Verein verantworten sollte, von dem Vorsitzenden einmal zur Sache gemahnt wurde. Wenn die „Kreuzzeitung“ diesen Vorgang zugleich ein „bezeichnendes Merkmal freier Kampfesweise“ nennt, so können wir den konservativen nur wünschen, daß ihre und ihrer Presse Kampfesweise niemals weniger korrekt sein möge, wie es in diesem Falle das pflichtgemäße Vorgehen des „Breslauer Lehrervereins“ gegen ein ungetreues Mitglied gewesen ist. Ob die „Kreuzzeitung“ von dieser Nichtbilligung des Sachverhalts Kenntnis nehmen wird? Wir meinen, es gehörte sich so. Sonst würde sie begründete Veranlassung dazu geben, den Spieß umzukehren und von einem „bezeichnenden Merkmal konservativer Kampfesweise“ zu reden.

(Genossen als Arbeitgeber.) Der sozialdemokratische Magdeburger Volksstimme schreibt das Bureau des Holzarbeiterverbandes: „Einige „neugedane Meister“, welche bis vor kurzer Zeit selbst noch Verbandsmitglieder waren und denen der Verdienst als Geselle nie hoch genug war, zeigen sich jetzt als die gewieftenen Arbeitgeber. Mit Vorliebe holen sich diese Herren ihre Arbeitskräfte von den Herbergen aus der Klosterstraße und Neustädter Straße. Sie spekulieren auf die Unkenntnis der dort zugewanderten Arbeiter über die Lohnverhältnisse. Eine ganz besondere Virtuosität darin besitzt Herr Reinhold Witzelsch, Tischlergasse 10. Dieser Herr vermittelte auch gleichzeitig für Paul Fischer, Schrottdorfer Straße. Die Arbeiter werden zuerst im Lohn angezogen. Welcher Lohn gezahlt werden soll, wird aber nicht verraten, und erst am Lohnstage erfahren die neu eingestellten Arbeiter, daß sie mit 35 bis 43 Pfg. abgepeißt werden sollen. In der zweiten Woche wird in Accord gearbeitet, und zwar das Paar Nußbaum-Schänke für 55 Mk., ohne irgendwelche Verlebensentrichtung für solche Arbeiten. Daß die Arbeiter dabei kaum das Salz verdienen, versteht sich an Wande.“ — Immer das alte Lied.

(Auf eine Schwankung der Sozialdemokraten in der Maiseierfrage) bereitet ein Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ vor. Es heißt dort: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß das Feiern des 1. Mai durch Arbeitsruhe in den Kreisen leitender Gewerkschaftler großer Ablehnung begegnet. Dieser Zustand latenter Feindseligkeit ist schlimmer als offener Verzicht auf die Arbeitsruhe. Er beeinträchtigt die Wirksamkeit der Demonstration, ohne ihre Opfer zu vermindern.“ Im Anschluß daran meint Kautsky: „Wollen die Gewerkschaftler erklären, die Unternehmerorganisationen seien so übermächtig geworden, daß die Arbeiter diesen gegenüber heute Arbeitsverhältnisse zu demonstrieren zünden an einem einzigen Tage ohne Schädigung ihrer Organisation auch dort nicht wagen können, wo sie sie bisher noch durchgehends vermochten, daß die Gewerkschaften, trotz ihrem absoluten Nachschwachs, relativ gegenüber den Unternehmerorganisationen zurückgeblieben sind, daß sich die Lage der Arbeiter in dieser Hinsicht also verschlechtert und daher die Arbeitsruhe am 1. Mai aufgehört hat, ein zweckmäßiges Demonstrationsmittel zu sein, dann werden die Parteigenossen darauf Rücksicht nehmen müssen.“ Das schimmte in jedem Kampfe ist die Unentschiedenheit, wenn man wegen der moralischen Minderwertigkeit eine gewonnene Position nicht offen aufzugeben wagt, sie aber doch für unhaltbar hält und daher an allem Aufwand von Menschen und Mitteln frustriert, den ihre Verheißung erfordert.“

(Sozialdemokratischer Stil.) Von einem interessanten Briefwechsel gibt die sozialdemokratische „Münchener Post“ bei Besprechung der Budgetbewilligung nachträglich Kenntnis. Die sozialdemokratische bayerische Landtagsfraktion hatte Anfang

dieses Jahres Beschluß gefaßt, die preussischen Genossen in bezug auf die Förderung der Wahlrechtsfrage zu unterstützen. Deshalb sandte sie am 15. Januar an den Parteivorstand einen Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß die Fraktion in der Kammer eine Interpellation über das preussische Wahlrecht einzubringen beabsichtige und daß man außerdem in Süddeutschland eine planmäßige und lebhaftige Agitation gegen die preussische Politik einleiten wolle. Der Parteivorstand wurde um „recht schnelle“ Rückäußerung darüber ersucht, was er dazu meine und wie er sich die Einzelheiten der Angelegenheit denke. In Berlin aber scheint man dieser brüderlichen Hilfsaktion keine große Bedeutung beigemessen zu haben. Der Berliner Parteivorstand erwiderte erst unter dem 18. Januar mit einem Schreiben, dessen Tonart noch charakteristischer ist als sein Inhalt. Es lautet wörtlich wie folgt: „Die Fraktion hat ja inzwischen die Interpellation eingebracht, deren Erörterung dem Volk und der pr. Regierung nicht unangenehm sein wird. Die p. J. Funker werden die D. H. freigeigen mit einigen sich nodbrigen Redensarten abzumachen suchen. Teilen Sie uns den Termin der Konferenz mit; kann eine abkommen, wird von uns die Konferenz besichtigt. Eine heute mit dem württembergischen Landesvorstand zu erledigende Korrespondenz habe ich zum Anlaß genommen, ebenfalls Anregung zu geben, der pr. Regierung das Zell zu geben.“

Volkswirtschaftliches.

(Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten hielt vom 10. bis 12. September in Berlin seinen 18. Verbandstag ab. Im Vordergrund des Interesses stand naturgemäß die Frage der Besoldungsreform. In der gebotenen maßvollen Form, aber mit großer tadelloser Entschiedenheit wurde zu dieser Frage Stellung genommen, und die gefaßte Resolution läßt dem entsprechend an Klarheit und Selbstbewußtsein nichts zu wünschen übrig. An einer Besoldungsreform, deren Vorschläge den ja auch von der Regierung als bedingten anerkannten Wünschen der Beamten nicht voll entsprechen, kann — das ist der Sinn der Resolution — die Gesamtheit der mittleren Postbeamten kein Interesse haben: Dieser gar keine Reform, als eine ungenügende. Sobald die Vorlage der Regierung bekannt geworden ist, soll ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden. Neben dieser für die Beamten selbst zur Zeit wichtigsten Frage der Gehaltsregulierung konnten naturgemäß die anderen Verhandlungsgegenstände nicht gleiches Interesse beanspruchen. Immerhin war die Art und Weise, wie man sich mit der Sozialpolitik des Verbandes beschäftigte, von größter Bedeutung für seine weitere Entwicklung. Schon seit einem Jahre steht der Verband an seinen Mitgliedern eine höhere soziale Schulung zu vermitteln, sie zur gründlichen Beschäftigung mit den Fragen des öffentlichen Lebens anzuregen, um dadurch das Niveau der Beamtenschaft zu heben. Jetzt hat der Verbandstag diesen Bestrebungen durch Errichtung einer besonderen Verwaltungsschule an noch feineres Gepräge gegeben. Für diese Bestrebungen (sowohl die überhaupt für die Vertretung der Interessen der mittleren Postbeamten, ist — das wurde immer wieder betont — die Durchführung eines einheitlichen Zusammenflusses sämtlicher Beamtencategorien der mittleren Postbeamtenschaft eine unbedingte Notwendigkeit. Der gefaßte Bescheid wurde einstimmig mitgeteilt. Der nächste ordentliche Verbandstag soll wieder in Berlin stattfinden.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 14. Sept. Kürzlich fand in Freyberg's Garten die Hauptversammlung des Bundestages der Saal- und Konzertlokalitätenhaber Deutschlands unter dem Vorsitze des Bundespräsidenten Wolter-Berlin statt, die mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet wurde. Der Vorsitzende des Deutschen Gastwirtsverbandes Koppel wohnte den Verhandlungen bei. Nachdem über die Beschlüsse des Delegiertentages berichtet war, erstattete Wiese-Berlin einen ausführlichen Bericht über den in Frankfurt a. M. abgehaltenen Kongreß zur Heilhaltung der Sonntagruhe, auf dem die Gastwirte mit den Vertretern des Kongresses zu einer gewissen Einigung gekommen seien. Der Gastwirtsstand müsse seine Interessen energischer vertreten und daraufhin wirken, daß er ein Mandat oder mehrere im Parlament erhält. Beschlüsse wurden, nochmals eine Eingabe an das Kriegsministerium zu richten mit dem Ersuchen, den Militärminister die Militärfahrtscheine oder die Benutzung der vierten Wagenklasse der Eisenbahnen auf ihren Kongreßreisen wieder zu gestatten. Auch an die Generalkommandos sollen entsprechende Eingaben gemacht werden. Dem vom Delegiertentage bereits angenommenen Antrage, einen Katalog herzustellen, in dem die tantiemefreien Musikstücke aufgeführt werden, um so der Tonsektorengehilfschaft entgegenwirken zu können, wurde zugestimmt. Ein vom Verein Magdeburger gestellter Antrag, gegen das Schmiergederben in Saalbesitzervereinen, Gesellschaften oder einzelnen Personen gewährten Vergünstigungen und Vorteile zu befechtigen, wurde allen Vereinen zur Befolgung empfohlen.

† Halle, 14. Sept. Der 53 Jahre alte Arbeiter Erdmann Haase aus Canena hatte auf dem Postneubau in der Hehlenstraße beim Spülstein einer Betonwand einen etwa 3 m tiefen Erdenschnitt betreten. Dabei wurde er von überragenden Gestein verschüttet. Obwohl sofort umfassende Rettungsarbeiten ins Werk gesetzt wurden, konnte Haase nur noch als Leiche geborgen werden. — Der Zinker Hermann Blum lief in der Nacht zum Sonntag von einer frühlichen Geburtstagsfeier plötzlich fort, um sich am Vorgartengitter des Grundstücks Henriettestraße 21 zu erhängen. Unglückliche Liebe soll das Motiv der Tat sein.

† Endorf bei Mergersleben, 12. Sept. Am 10. d. Mts. feierte das Ehepaar Karl Helm im Kreise seiner Verwandten die diamantene Hochzeit. Von nah und fern gingen Geschenke und Glückwünsche ein.

† Dessau, 12. Sept. Eine neue soziale Einrichtung von großer Bedeutung ist seitens der Stadt getroffen worden. Am 5. Oktober wird im städtischen Hause Fernwärmer 2 eine Säuglingsfürsorge- und Mütterberateranstalt eröffnet, in der ein Arzt an alle Unberenteten unentgeltlichen Rat über Fragen der Ernährung und Pflege der Säuglinge erteilt. In Notfällen findet auch Behandlung extrakter Kinder statt. Auch zur Bewilligung von Stillprämien wird die Stelle bevollmächtigt.

† Mittweida, 13. Sept. Beim Spielen auf dem Hofe des G. Dehnerischen Privatgrundstückes fiel am Freitagabend das 1 1/2 Jahre alte Töchterchen des hiesigen Fabrikanten G. Dehner in ein heißes Wasser gefülltes Gefäß und erlitt dabei so schwere Verbrennungen, daß es noch im Laufe des Abends starb.

† Eisenach, 11. Sept. In der gestrigen Gemeinderatsversammlung kam der Selbstmord des Stadtkassierers Siemon zur Sprache. Siemon hat am 28. August in der Höfel den Tod gesucht und dies wurde in Zusammenhang gebracht mit einer Revision in der Stadtkasse, die am Nachmittag des 27. August stattfand. In der Gemeinderatsversammlung erklärte gefezten der Vorsitzende, daß Unstimmigkeiten in der Stadtkasse nicht vorliegen, daß aber schon seit einiger Zeit gegen den Verstorbenen der Verdacht bestand, daß er sich widerrechtlich bei den Abfertigungen einzelner Kassenboten Beträge angeeignet habe, die diese dann erheben mußten. Die Manipulationen sollen schon nach den Aussagen der Geschädigten, seit 1906 vorgekommen sein. Jedemal, wenn die Botten abredneten, fehlten Beträge in Höhe von 2 bis 140 Mk. Der letzte Fall, der sich am 27. August d. J. ereignete und wo wieder 10 Mk. fehlten, habe dem Faß den Boden eingeschlagen und in der Erregung habe Siemons sodann selbst Hand an sich gelegt. Nach den bisherigen Ermittlungen sei die Stadtkasse absolut nicht in Mitleidenschaft gezogen. Der Gemeinderat nahm von diesen Mitteilungen ohne Debatte Kenntnis.

† Zittau, 14. Sept. Gestern Abend ereignete sich auf der Zittau-Görlitzer Chaussee ein schweres Automobilunglück. Das Automobil überfuhr, bei dem Verlaufe auszuweichen, einen im Fickad vor ihm herfahrenden betrunkenen Radfahrer, prallte dann an einen Baum und überschlug sich. In dem Automobil befanden sich außer dem Chauffeur der Profkurist der Görlitzer Maschinenbauanstalt Geißler mit Frau und 10jährigen Knaben und der Maschinenfabrikant Wiedemann mit Frau aus Görlitz. Sämtlich Anfaßen wurden etwa 15 Meter weit ins Feld geschleudert, wobei die Herren Geißler und Wiedemann sowie der Chauffeur mehr oder weniger schwer verletzt wurden, während die beiden Frauen und das Kind mit dem bloßen Schreden davonkamen. Der Radfahrer, der Sohn eines Gutsbesizers aus Seitendorf, war sofort tot. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert.

† Leipzig, 14. Sept. Die Mehrinteressenten nahmen in einer Versammlung Stellung zu der vom Leipziger Gastwirtsverband eingeleiteten Agitation, die dahin zielt, die Messen auf die Dauer von 14 Tagen abzukürzen oder allfälliglich nur eine Schau- und Kleinmesse in der Dauer von drei Wochen abzuhalten. Die Messe dauert jetzt je zweimal im Jahre drei Wochen, wodurch sich die Gastwirte geschädigt fühlen. Die Versammlung protestierte energisch gegen die geplante Veränderteilung sämtlicher Mehrinteressenten und verpflichtete sich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hiergegen anzukämpfen.

† Dresden, 14. Sept. Über einen Eisenbahnunfall wird amtlich gemeldet: Am Sonntagabend ist auf Bahnhof Klotzsche eine Schiebepfahrmotiv auf den Zug haltend, in der Richtung nach Görlitz fahrenden Zug 651 aufgefahren. Dabei wurden zwei Wagen vierter Klasse stark aneinander-





**Anzeigen.**  
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.  
**Familiennachrichten.**

**Statt besonderer Nachricht.**  
Gottes Güte schenkte uns heute ein **gefundenes Töchterchen.**  
Merseburg, den 14. Sept. 1908.  
Seminar-Oberlehrer Jacob u. Frau Elisabeth geb. Wistamp.

**Dank.**  
Juridisch geteilt vom Grabe meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten für die reichen Krangspenden meinen innigsten Dank. Dank dem Dilettanten-Berein für das ehrenvolle Beileid.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Witwe Graumann nebst Angehörigen.**

**Zwangsvorsteigerung.**  
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Merseburg belegene, im Grundbuche von Merseburg Band 9 Blatt 456 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der verehelichten Seiler **Kästel** Friederike geborene Günther zu Merseburg eingetragene Grundstück, Wohnhaus mit Hofraum, große Ecktstraße 8 mit einem jährlichen Gebäudemietungswert von 405 Mark am 7. November 1908, vormittags 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 19, versteigert werden.  
Merseburg, den 9. September 1908.  
**Königliches Amtsgericht.**

Der Kaufmann Herr Friedrich Nibel beabsichtigt in seinem Grundstück halbesche Straße Nr. 71 hier selbst eine Schlächtereianlage einzurichten.  
Dies Vorhaben wird gemäß § 16 und 17 der Reichsgemeindeordnung mit der Anforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Behörde schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen. Spätere Einwendungen werden nicht berücksichtigt.  
Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen während der Dienststunden in unserem Gemeindeforum, Rathaus 2 Treppen, zur Einsicht aus.  
Zur mündlichen Verhandlung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen ist Termin auf **Mittwoch den 30. Sept. 1908** mittags 12 Uhr im unteren Rathaussaal anberaumt. Der Unternehmer der Anlage sowie die etwa Widersprechenden werden zu dem Termin mit der Verwarnung geladen, daß im Falle ihres Ausbleibens gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden wird.  
Merseburg, den 12. September 1908.  
**Der Magistrat.**

Die bisher von Herrn Regierungsrat Dittmer bewohnte herrschaftliche 1. Etage **Wohnung** 35 ist sofort zu vermieten und 15. Oktober zu beziehen.  
Eine kleine Stube an einzelne Frau zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen.  
**Nummert 70.**

**Drei Wohnungen**  
in der Sobolgerstraße im Werte von 380,- 400,- und 420,- Mk. jährlich, sind per 1. Oktober zu vermieten.  
**Bruno Hoffmann,**  
Baugeschäft, Meußdamerstr. 3.

Die 1. Etage **Wohnung** 33 ist jetzt zu vermieten und am 1. Januar 1909 zu beziehen.  
Stube, Kammer und Bodentammer, nach dem Hofe gelegen, zum 1. Oktober beziehbar. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.  
Zum 1. Oktober ist eine Wohnung zu vermieten. Preis 40 Taler.  
**Gr. Ecktstraße 1.**

Eine Wohnung, Küche, Bad und reichliches Zubehör, sofort zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Die 1. Etage **Wohnung** 34 besteht aus 3 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, Gasheizung, Klosets mit Wasserzuleitung, sofort zu vermieten. Zu erfragen **Emalestraße 25, Eckschloß.**

Zu mieten gesucht per 1. April 1909 eine Wohnung von ca. 3 Zimmern, 3 bis 4 Kammern Küche und Zubehör. Westen der Stadt bevorzugt. Offerten mit Preisangabe unter **H K S** an die Exped. d. Bl.

**Familien-Wohnung**  
im Preise von 150-180 Mark zum 1. Okt. von auswärtigen Mietern zu beziehen gesucht. Offerten unter **H 60** an die Exped. d. Blattes erbeten.

**Coupons-Einlösung, Besorgung neuer Bogen**  
stets kostenfrei.

**An- u. Verkäufe von Wertpapieren**  
besorgen wir bei gewissenhaftester Beratung **billiger als die hiesigen Banken**  
da wir unsere Umsätze an der Berliner Börse durch unsere Centrale direkt erledigen und die sonst den Berliner Banken zu zahlende Provision sparen.

**Carl Neuburger,**  
Kommanditgesellschaft auf Aktien  
Zweiganstalt Merseburg,  
Entenplan 3.

**Auswärtige Zeitungen.**  
Es ist für Sie viel bequemer, wenn Sie uns die für auswärtige Zeitungen bestimmten Inserate zur Vermittlung übergeben, **zumal dies kostenlos geschieht. Sie sparen Arbeit und Portoaussgaben.**

**Merseburger Correspondent, Annoncen-Expedition.**

**schlage Ihnen** bei Bedarf von  
Wartstrichen für 20, 35, 45, 50, 55, 65, 75, 85, 95 Pf.,  
Frühroststrichen für 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60 Pf.,  
Kleinfalten von 1,25 Mk. an,  
Kornel-Schoner von 1 Mk. an,  
Regenbogen von 6,50 Mk. an  
Gotthardtstr. Nr. 20, dort.  
Das Gummiwarenhaus **Grähneis,**  
Eingroßer Transport

**erstklassiger ganz schwerer Zugochsen**  
ist bei mir eingetroffen.  
**L. Hürnberger.**

**Wohnung**  
zu 400-500 Mk. p. 1. Januar 1909 gesucht.  
Gest. Off. erb.  
**C. Brendel.**

**Bess. möbl. Wohn- u. Schlafz. Zimmer**  
an vermieteten **Wohnung** 24. part.

**Möbliertes Zimmer mit Kabinett**  
sofort zu vermieten **Gotthardtstraße 34**

**Anständige Schlafstelle**  
offen **Krautzstraße 1**

**Grundstück**  
in bester Lage der Stadt, wo fast ja 20 Jafre der Verkauf von Kolonialwaren, Materialwaren und Spirituosen betrieben wird, möglichst bald zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

**Wohnhaus**  
in bestem baulichem Zustande und schönster Lage ist sofort zu verkaufen. Anzahlung 5-6000 Mark. Anstufert erstellt  
**Nichard Brampf**

**Wohnhaus**  
mit Garten, Stallung, Scheune und 2/4 Morgen Feld sofort zu verkaufen. Günstige Gelegenheit für Sattler, da keiner am Platze. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

**6 Morgen Feld**  
in Leuna-Ödendorfer Flur, an der Weisenferrstraße belegen, zu verpachten. Näheres in **Schlitz** bei **Paul Herzog.**

**1 Ziegenbod und 2 Läuferhweine**  
zu verkaufen **Häckerstraße 15**

**Schneiderisch.**  
Guterhaltener Schneebertisch mit durchgehenden Rauten und harter Bohle zu verkaufen **Kreuzstraße 8, 2 Et.**

**Schlachtpferde,**  
gut genährt, taugt zu höchsten Preisen  
**Ww. Kolbe, Rostschlächtere,**  
Sizithera 2

**Einige leere Dehob-Häuser**  
Hotel **goldne Sonne**

**Kindertwagen**  
billig zu verkaufen **Rooststraße 13**

**2 Schaufensterscheiben**  
a 1,66 m x 1,36 m sind zu verkaufen **Nummert 23**

**Gebrauchtes Pianino,**  
für Anfänger im Klavierspielen gut geeignet, ist billig zu verkaufen. Näheres sagt die Exped. d. Bl.  
Ein großer und ein kleiner nur einige Mal gebrauchter

**Gasofen**  
sind billig zu verkaufen **Nummert 23**

**Einen eisernen Stubenofen,**  
gut erhalten, verkauft **Krautzstraße 11**

**12 Markt 12.**  
**Schuh- und Stiefelwaren,**  
alle Sorten, große Auswahl, nur gute feste Ware, zu billigen Preisen **empfehlen**  
**R. Schmidt, Markt 12.**

**Wünschen Sie**  
süßes, kammertweiches, schön glänzendes **Haar** 1/17 So gebrauchtes **Sieftagel, "Bodiu"**, (gerichtlich bestätigtes Arnika-Extrakt). Ein vorzügliches Mittel gegen Haarausfall und Schuppen a 50 Pf.  
**Richard Kupper, Central-Drogerie.**

**Tonfässer,**  
innen und außen glasiert, praktisch für den Haushalt als Büffel- und Wasserfässer verwendbar, in verschiedenen Größen halbesens empfohlen.  
**Eduard Klaus.**

Die weltberühmten **Mannborg**  
**Harmoniums**  
schon von Mk. 100.- an  
in grösster Auswahl nur allein bei  
**C. Rich. Ritter**  
Hoflieferant  
Halle a. S.

Unverwüstlich wird durch **Linoleum** Gummiol-Politur!  
**Kein anderes Produkt** hat gleiche Bestandteile.  
In Merseburg bei:  
**J. Kupper, Central-Drogerie, und bei E. Emanuel, Ladefabrik Gündel, Dresden.**

**Möbel!**  
**Spiegel u. Polsterwaren**  
in großer Auswahl und jeder Preislage bei  
**W. Borsdorff,**  
Schmalstr. 6.  
Transport frei.  
Alleinverkauf von Patent-Reform-Bettstellen und -Matratzen.

**Gelegenheitskauf.**  
**ff. Bromfilber-Karten**  
Stück 5 Pf., 25 Stück 1 Mk. bei  
**M. C. Schultze.**  
Pflaumenkuchen mit Guß, ff. Wohnkuchen etc.  
**Gg. Winter, Ecksche 1.**

Sollte **Mittwoch** mit **Neujährter Kartoffeln** am **Rohmarkt**, Hochachtungsvoll **Hermann Neutzsch,** Hofseiner gen.

**Marmelade**  
ist frisch eingetroffen und empfehle diese in 5 Pf.-Gittern zu 1,25 Mk.  
**Paul Näther Nachfl.,** Markt 9.

**Zurück von der Reise**  
Augenarzt  
**Dr. Schulze,**  
Halle a. S., Martinsberg 2.  
Rohrstühlflechten nimmt an **E. Schulze, Scaalftr. 8.**

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. H. Köhner in Merseburg.



# Correspondent.

Wöchentliche Arbeitsblätter:  
sonntagsblatt mit  
14 tägiger Modebeilage.  
4. Aufl. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

Abbestellen für die einbl. Beilage oder deren Raum f. Stadt u. Land  
abzugeben bis 10. September 1908. Preise: Einzelheft 10 Pf., 10 Hefte 1.00 Mk., 20 Hefte 2.00 Mk., 30 Hefte 3.00 Mk., 40 Hefte 4.00 Mk., 50 Hefte 5.00 Mk., 60 Hefte 6.00 Mk., 70 Hefte 7.00 Mk., 80 Hefte 8.00 Mk., 90 Hefte 9.00 Mk., 100 Hefte 10.00 Mk. Die Abonnementspreise sind für den Postweg zu erhöhen. Die Beilagen sind separat zu bestellen. Die Beilagen sind für den Postweg zu erhöhen. Die Beilagen sind für den Postweg zu erhöhen.

Nr. 218.

Mittwoch den 16. September 1908.

35. Jahrg.

## Der Reichszanzer über die internationale Lage.

Im „Standard“ berichtet Sydney Whitman über Unterredungen, die er während eines dreitägigen Besuchs bei dem Reichszanzer Fürst von Bülow auf Nordeney mit dem Fürsten gehabt hat. Sydney Whitman schreibt:

„Ich habe den Fürsten Bülow selten wohlher aussehend und lebhafteren Geistes gesehen. Er meinte, Zwietracht zwischen England und Deutschland könne nur zu Unheil für beide Länder führen, zum Vorteil von tertiä gaudentes. Bezüglich der englischen Vorfälle vor einem deutschen Angriff zur See, meint Fürst Bülow, es würde viel natürlicher sein, wenn die Deutschen einen Angriff befürchteten. Ich gebe Ihnen nicht zum ersten Male die Versicherung, und zwar nicht als Kanier, sondern als ein Gentleman dem andern, daß niemand von einem Gentleman oder Einfluß in Deutschland daran denkt, Handel mit England anzufangen, und noch viel weniger solch unfinnigen Gedanken hegt, wie eine Invasion in England. Die Geschichte von deutschen Spionen hat ihren Grund in übertriebener Grund für uns Deutsche besteht weit handgreiflicher Grund zur Vorsicht wegen unserer exponierten geographischen Lage. In dem in der Julinummer der „Quarterly Review“ erschienenen Artikel „Die deutsche Gefahr“ zeigt sich ein raffinierter Geist des Argwohn und des Hasses. Es ist eine völlige Entdeckung für mich, ein ernstes tüchtiges Volk, wie das englische, solchen Empfindungen fähig zu sein, wie sie in dem Artikel zutage treten. Wir können nur im Vertrauen auf den politischen Geist und den gesunden Menschenverstand des englischen Volkes hoffen, daß es dieses krankhafte Empfinden seines eigenen unabhängigen Willens berichtigt. Fürst Bülow ging dann den genannten Artikel durch und widerlegte ihn Punkt für Punkt. In betreff des Gedankens, daß Deutschlands Macht zunehme gegenüber anderen Mächten, jagte Fürst Bülow, Deutschland ist die einzige der Großmächte, die in den letzten 37 Jahren keinen Krieg geführt hat; man nimmt es aber auf sich, mit bezug auf uns Behauptungen darüber aufzustellen, was man selbst zu tun träumen würde, wenn man an Stelle Anderer wäre. Fürst Bülow erklärte die Stelle des Artikels, Deutschland schaffe die größte Zottenorganisation, die, abgesehen von der englischen, je bestanden hätte, für Unfinn und wies an der Hand von amtlichen Aufstellungen über die relative Stärke der Flotte Englands, Frankreichs, Amerikas und Deutschlands nach, daß Deutschland am Ende der Liste steht. Es sei unwahr, daß die deutsche Flotte mit noch verstärkter Schleunigkeit vermehrt werde, denn alle jetzt im Bau befindlichen Schlachtschiffe seien nur Ersatz für veraltete Schiffe. Es sei unwahr, daß neue Flottenprogramme, eins ausgedehnter als das andere, begünstigt würden. Bezüglich der Verabreichung der Lebensdauer der Schlachtschiffe folge Deutschland nur den Beispielen anderer Nationen. Schließlich bezeichnete Fürst Bülow die Bemerkung von der angeblichen Nachgiebigkeit des deutschen Geschichtsschreibers als baren Unsinn; es würde schwer sein, in Deutschland heute einen Menschen zu finden, von dem behauptet werden könnte, er hasse Frankreich. Keine solchen Gemünnungen beständen in Deutschland gegenüber England, auch nicht bei empfindlichen Leuten, er möchte aber nicht in Abrede stellen, daß in dem sehr unwahrscheinlichen Falle, daß England einen nicht provozierten Angriff auf die deutsche Flotte machen sollte, ein rachsüchtiger Stolz ausbrechen könnte, der in seiner Stärke und in seiner Dauer dem gleich sein würde, den die Zwanziger Napoleons hervorriefen.

Sydney Whitman schreibt dann weiter, er habe in Nordeney, folgten andere den Sinn der Welt für Recht und Unrecht herausfordern, die Überzeugung erlangt, daß Deutschland einem Vorgesurteil nicht ausweichen werde, wenn es auch der Gewißheit gegenübersehen sollte, daß seine Flotte vernichtet wird. Sollte jedoch diese traurige Alternative der Welt er-

spart bleiben, so besicht guter Grund zu der Ansicht, daß die deutsche Regierung beweisen wird, daß sie keine kriegerischen Absichten hegt, am wenigsten gegen England. Bezüglich Marokkos versicherte der Reichszanzer Sydney Whitman, daß sein Grund zu der Annahme besteht, daß Frankreich sich nicht loyal an die in Algerias übernommenen Verpflichtungen halten will, obgleich in gewissen französischen Kreisen ein leichtes Mißverständnis bezüglich der deutschen Absichten zu herrschen scheint. Vor einigen Jahren schrieb die französische öffentliche Meinung Deutschland grundlos kriegerische Pläne zu. Neuerdings läßt der gerade entgegengekehrte Einbruch zu berühren, daß die Deutschen für den Frieden um jeden Preis sind. Diese Ansicht schließt, abgesehen davon, daß sie verträglich ist, gewisse Gefahren in sich. Deutschland, jagte Fürst Bülow weiter, wünscht, allein gelassen zu werden, um an seinem Teile dadurch zu arbeiten, daß es seine eigenen Angelegenheiten besorgt, wenn es auch natürlich eine Linie gibt, über die es nicht hinausgehen kann, nämlich sich eine nationale Demütigung gefallen zu lassen. Wenn irgend eine Gefahr drohen sollte, so könne nicht gesagt werden, daß sie aus Deutschlands Wünschen, den Frieden zu brechen, entsteht, sondern aus der Ansicht, daß eine verabredete Absicht besteht, Deutschland in Schranken zu halten und es zu schädigen. In bezug auf die Entwicklung der Dinge in der Türkei führte der Reichszanzer aus, Deutschland wünsche, daß die Türkei sich unter einer kräftigen Regierung frei entwickle. Es sei nicht wahr, daß der Sultan Deutschland bezüglich seines jüngsten Vorgehens um Rat gefragt habe, die deutsche Regierung habe aber mit dem Ausbruch ihrer freundschaftlichen Sympathie mit den so glücklich ohne Unterbrechungen zur Ausführung gebrachten Änderungen nicht zurückgehalten.

## Zum Fall Schüding.

Die Verfolgung des Bürgermeisters Schüding wegen seiner politischen und schriftstellerischen Tätigkeit hat einen Leser der „Nieler Zeitung“ angeregt, Vergleiche zwischen heute und der Zeit vor 60 Jahren, dem Sturmjahre 1848 zu ziehen. Er hat dem Blatte einen Band der „Veipziger Ztg.“ von 1848 vorgelegt und auf eine dort veröffentlichte Stelle aufmerksam gemacht.

„Daher fordern die letzten Jahre der Teilweilweil seine die P Theorie des V über jolan Stra zeugn Schüding Geist erliche Anstie Verb Gege zu w ständ erklar ausprechen, um so gefahrloser wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Moment, wo die Verfolgung solcher Ansicht sie nötig, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Wer Pressefreiheit will, muß auch deren

Mißbräuche zu ertragen wissen. Die Neuheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch den verführerischen solcher Theorien zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht bloß Wüten und Ermahnungen entgegengestellt, sondern das Unhaltbare und für den Arbeiter Selbstverderbliche solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen die Übergriffe der Presse einschreiten und hält sich im Geiste des neuen Pressegesetzes nur dann dazu befugt, wenn eine Durchsicht, das Gebiet des Allgemeinen verlassen, zu einem bestimmten Verbrecher, Rat oder Anleitung geben, oder die Ehre und Integrität bestimmter Personen verlegen sollte.“

## Zur Reichsfinanzreform.

Mit der Reichsfinanzreform beschäftigt sich in der Halbmonatschrift „Fortschritt“ Hermann Schöbler in Erwiderung der bekannten Ausführungen Laband's. Schöbler behandelt die Frage, ob direkte Reichsteuern im Einklange mit der Verfassung stehen, und unterstreicht dabei besonders, daß selbst Laband zugegeben habe, daß das formale Verfassungsrecht der Einführung direkter Steuern nicht entgegenstehe. Nicht auf verfassungsrechtlichem Gebiete liege die Schwierigkeit des Problems, ebenso wenig auf finanzpolitischen, sondern lediglich auf budgetrechtlichem Gebiete. „Gerade weil die Logik einer vernunftgemäßen Finanzverfassung die Logik des konstitutionalismus ist, weil eine umfassende Beweglichkeit des Finanzsystems die budgetrechtliche Machtstellung des Reichstages begründet, — aus diesem, aus keinem anderen Grunde erklärt sich der Widerstand der Regierungen gegen diese Beweglichkeit und gegen die Einführung direkter Reichsteuern als ihren Vorläufer...“

Wir genügt es, die Tatsache selbst festzustellen zu haben, daß es sich bei der Frage der „Vollung“ der Finanzreform um nichts anderes handelt als um den entscheidenden Kampf zur Sicherung der freiheitlichen Güter des deutschen Volkes, zur ehrliehen Anerkennung des konstitutionellen Verfassungsstaats durch die Regierung. Wohlgerne: Es handelt sich nicht um eine Mehrung des Verfassungsrechtes zum Nutzen des Reichstages, sondern nur um die Befestigung einer dem Geiste und der Logik dieses anerkannten Verfassungsrechtes zuwiderlaufenden, unberechtigten Minderung desselben, einer Minderung, durch welche das Staatswohl aufs höchste beeinträchtigt, ja gefährdet wird.“

## Politische Uebersicht.

**Rußland.** Aus Anlaß der Enthüllung des Denkmals für Kaiser Alexander III. in Jaroslavl gab die Stadtverwaltung ein Fest, dem die Offiziere des aus Kasan beimkehrenden deutschen Detachements beiwohnten: Generaladjutant Bantelejew brachte einen Trinkpruch auf Kaiser Wilhelm aus; der Führer des Detachements erwiderte mit einem Toast auf den Kaiser von Rußland. Beide Trinkprüche wurden mit langanhaltenden Hurraufen aufgenommen. — Der Kriegszustand in den Ostseeprovinzen ist durch kaiserlichen Ukas mit dem 28. d. Mts. (a. St.) aufgehoben und durch den verstärkten Schutz ersetzt worden. In einigen Gegenden des Gouvernements Jekaterinostaw ist der außerordentliche Schutz verlängert worden.

**England.** Da von ärztlicher Seite der gekistesranke Minister Lord Tweedmouth für unheilbar erklärt worden ist, soll er, nach der „Wagdes. Ztg.“, durch Rabinetsorder seines Amtes entsetzt werden. Ein solcher Fall ist worden noch nicht vorgekommen; das jegliche Verfahren ist ausdrücklich durch die Kronprinzip für konstitutionell erklärt worden.

**Dänemark.** Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, wird angeregt, die durch den Minister Albert unterschlagenen Millionen teilweise durch öffentliche Sammlungen wieder einzubringen. In einem Gelbeschranke des Privatbureaus Alberts fand man einen geladenen Revolver, Albert ist sich also für den Fall der Entdeckung auf Selbstmord vorbereitet zu haben. — Der dänische Reichstag ist auf den 28. September einberufen worden.